Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 11. Mai 1926 — Nummer 108

Heraus zur Solidaritätskundgebung!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Der Kampf der englischen Arbeiter gegen den Raubimperialismus ist der Kampf der deutschen Arbeiter, der Sieg des englischen Proletariats unser Sieg. Kein Stück deutscher Kohle darf nach England befördert werden. Bekundet eure

Solidarität mit den englischen Arbeitern!

Kämpft gegen die Reaktion in Deutschland!

Weg mit der Luther-Regierung, der stärksten Stütze der Reaktionäre!

Weg mit dem Reichstag der Fürstenfreunde!

Erscheint in Massen zur Demonstration!

Mittwoch nachm. 5 Uhr auf dem Wilhelmplatz (Neustadt)

Schwarz-Weiß-Rot

Heute soll im Reichstag die Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag wegen des Flaggenerlasses erfolgen. Aus den Mitteilungen über gestern stattgefundene Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Parteien ist absolut nicht ersichtlich, wie sich nun die schwankenden Gestalten, die Demokraten und das Zentrum, entschieden haben. Bekanntlich hat Hindenburg einen Brief an den Kanzler angekündigt, der eine Plattform zu einem Kompromiß sein sollte. Der Brief liegt jetzt vor, er ist eine ganz glatte, klare Ankündigung weiterer provokatorischer Schritte der Reaktion. Der Reichspräsident schreibt:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die zweite Verordnung über Flaggen vom 5. Mai ist in der Oeffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen begegnet. Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Auslande unter besonders schweren Begleitumständen der unselige Flaggenzwist hindernd im Wege. Diesem Uebelstande soll durch die Verordnung vom 5. Mai 1926 abgeholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verfassung bestimmten Nationalfarben zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln. Leider hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Oeffentlichkeit immer ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. Hier in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen versöhnenden Ausgleich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Werdegang und der Geschichte des Reiches gerecht wird, ist mein innigster Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur gelegenen Stunde sowohl mit den gesetzgebenden Faktoren im Reiche als auch mit den an dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklichst zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins schart!

Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Hindenburg.

Das ist eine klare Verhöhnung der sogenannten Republikaner. Die Demokraten und das Zentrum aber schwanken und möchten dennoch Luther retten. Der „Vorwärts" befindet sich in peinlich Nöten. Er wagt nicht, an die Massen zu appellieren. Daher warnt er die Regierung, Demokraten und Zentrum. Dafür schreibt er:

„Parlamentarisch bedeutet die Haltung von Demokraten und Zentrum, daß die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Luther in die Hände der Deutschnationalen gelegt wird. Eine Regierung Luther von Gnaden der Deutschnationalen ist der Anfang des Bürgerblocks unter schwarz-weiß-roter Flagge.

Die große Verantwortung, die auf dem liegt, der eine solche Entwicklung hervorruft, wird von den Mittelparteien, wie es scheint, so leicht genommen. Sie lassen sich durch die Redensarten von der Notwendigkeit, die grellenden Schwarz-Weiß-Rot, die Anhänger des Kaiserreichs zu versöhnen, auf eine gefährliche Bahn schleifen. Sie werden vielleicht Anschluß an die Rechte damit finden — aber sie werden auf der anderen Seite alle deutschen Republikaner in eine erbitterte und unversöhnliche Kampfstimmung treiben."

Die SPD. sieht nur die parlamentarische Lösung. Sie flieht vor der Hilfe der bürgerlichen Parteien.

Wir weisen die Arbeiter auf die drohenden Gefahren hin. Wir rufen die Arbeiter zur Kundgebung. Das Proletariat muß seine Kraft zeigen.

Erscheint zur Demonstration.

Nieder mit der Reaktion!
Nieder mit der Regierung!

Die Sozialdemokraten für die Koalitionsregierung

Berlin, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion faßte gestern folgenden Beschluß: „Für den Fall, daß es infolge der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenfrage zu einer Regierungskrise kommt, ermächtigt die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler grundsätzlich zu **Verhandlungen über die Neubildung der Regierung.**" Der „Vorwärts" kommentiert diesen Beschluß und äußert, daß die Partei, die die Regierung stürze, auch die Verpflichtung habe, an der Bildung einer neuen Regierung mitzuwirken. Er schreibt: „Der Traum der Mitte ist ausgeträumt. Eine parlamentarische Regierung gibt es nicht mehr. Die Luther-Regierung hat keine Mehrheit mehr. Durch das Zentrum sind wir also in eine Krise des parlamentarischen Systems geraten. Wir wären es, wenn nicht die Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Fraktion bestände, im Falle des Sturzes des Kabinetts Luther über Bildung einer neuen Reichsregierung zu verhandeln."

Die Demokraten haben ihre gestrige Fraktionssitzung mit dem Beschluß zu Ende gehen lassen, **daß die Demokraten die Fraktion der Sozialdemokraten unterstützen wollen, wenn nicht bis dahin eine Koalitionsregierung der Mitte gebildet wird.** Es wird von den Politikern der Mittelparteien darauf hingearbeitet, die Flaggenverordnung auszusetzen, um später bei gelegenerem Zeitpunkt die Angelegenheit zu regeln nach den Richtlinien des Hindenburg-Briefes. Kommt eine solche Lösung zustande, werden die Demokraten nicht gegen die Regierung stimmen und die sozialdemokratische Bereitwilligkeit zur Koalition ist erledigt. Das Zentrum wird auf keinen Fall für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, und die Deutschnationalen haben die Absicht, sich der Stimme zu enthalten. Wie das „Berliner Tageblatt" zu berichten weiß, führt aber Luther bereits Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Demokraten und Flaggenstreit

Die deutsche Republik ist die Republik der Demokraten. Daß heißt, sie würden auch gleich gern die Monarchie wiedersehen, wenn es ginge, die Kräfte sich etwas verschieben. So stehen die Demokraten denn auch zum Flaggenstreit. Einerseits, andererseits. Die Hauptsache ist, ein Kompromiß zu finden. In der Sonnabendnummer nimmt die „Vossische Zeitung" in einem langen Artikel zum Flaggenstreit Stellung. Tapfer demokratisch.

„Es muß betont werden, — so heißt es da —, daß der Reichspräsident geglaubt hat, Beiden zu schlagen. Aber seine guten Absichten sind durch die verhindert worden, die es so eilig hatten, auf dem Verordnungsweg im Galopp zu erreichen, was sich vielleicht ohne Fährnis bei genügender Vorbereitung und ruhiger hätte erzielen lassen."

Das ist eine echt demokratische Stellung. Gegen die Aenderung der Flagge an sich gegen die hinter diesem Vorstoß sich zeigenden reaktionären Mächte und Bestrebungen haben die Demokraten, die manchmal Verbündeten der SPD., nichts einzuwenden. Nur ohne den Lärm hätte man das machen sollen. Hindenburg war nicht geschickt genug, daß ist alles, was die Demokraten einzuwenden haben. Gewiß hat der Artikel dann noch einige Glossen gegen die Regierung, die Bemängelung, daß man bei den Auslandsdeutschen nicht genügend Propaganda gemacht habe für die neue Flagge. Aber das Kernstück bleibt doch das Bekenntnis, man ist auch für Aenderung, aber vorsichtig, vorsichtig.

Die Arbeiter müssen die Schwankungen im bürgerlichen Lager beobachten. Sie mögen danach den Wert der Verhältnisse der SPD. bemessen.

Die Arbeiterschaft muß allein den Kampf gegen die Reaktion führen. Sie kann diesen Kampf nur geschlossen aufnehmen.

Bürgerliche Wahlvorbereitungen in Sachsen

Von Paul Böttcher.

2.

Der Klassenkampf beschränkt sich nicht auf parlamentarische Rechenexempel. So wenig dies die Opportunisten aller Schattierungen begreifen wollen, so fest sitzt diese Erkenntnis bei den Vertretern der herrschenden Klasse. Sie wissen sehr gut, daß die Aenderung des Wahlgesetzes allein noch keine Garantie für die fernere Sicherung der Koalitionspolitik schafft. Die größere Zersplitterung im Lager des Bürgertums muß sich auch im Wahlkampfe ungünstig auf die bürgerlichen Parteien auswirken. Deshalb hat sich die sächsische Bourgeoisie eine Rückversicherung geschaffen. **Die Garantien eines bürgerlichen Wahlsieges sind die 23 Rechten.** Wenn die linkssozialdemokratischen Führer in Sachsen gegenüber dieser harten politischen Tatsache weiterhin in ihrer feigen Ignoranz verharren, dann machen sie sich in sträflichster Weise zu Helfershelfern der Rechten, dann helfen sie mit den Wahlsieg der Bourgeoisie organisieren. Bis in die letzten Tage hinein haben die linken Führer krampfhaft behauptet, in Sachsen gebe es keine Spaltung der SPD. Es seien nur einige Renegaten ausgeschifft worden. Inzwischen haben die 23 die Spaltung bis in die letzte Ortsgruppe hineingetragen und eine gut funktionierende Fraktion aufgezogen. Freital, Chemnitz, Leipzig geben einen guten Ueberblick über die Erfolge der Fraktionsarbeit der 23 Ausgeschlossenen. Die 23 wissen, daß der Parteivorstand in Berlin mit ihrer Politik einverstanden ist. Arzt als Teilnehmer am Parteiausschuß hat bis heute noch nicht die Behauptung Bethkes im Mitteilungsblatt der 23 widerlegt, daß **Wels betont habe, die Sympathie des Parteivorstandes sei bei den 23.** Die Bethkegruppe in Sachsen kämpft zielbewußt um die Wiedereroberung der Führung der SPD. Auf dem kommenden Parteitag wollen sie nicht als abgesägte Führergruppe verhandeln. Sie wollen mit dem Parteivorstand als **Macht zu Macht** sprechen. Die Herbstwahlen sollen den 23 die Basis für ihren Machtkampf in der Partei geben.

Die Heldtregierung ist am Erfolg der 23 unmittelbar interessiert. Sie gewährt deshalb den Rechten jede Unterstützung. Als Regierungspartei werden die Rechten über reiche Mittel verfügen. Die Ernennung Bethkes zum Chefredakteur der „Sächsischen Staatszeitung" zeigt, daß die Regierung bereit ist, den 23 die Möglichkeit zum politischen Kampf gegen die Linken in der Tagespresse zu geben. Im Gegensatz zu den politisch-unklaren, schwankenden und verwirrten linken sozialdemokratischen Führern, die die Auseinandersetzungen aus der Perspektive des Parteifeldwebels und des Parteistatuts führen, stellen die 23 die politischen Fragen in den Vordergrund. Im neuesten Mitteilungsblatt der Rechten nehmen diese grundsätzlich zur Staatsbejahung Stellung. Die Heldtregierung führt diesen Kampf in der „Sächsischen Staatszeitung" weiter, indem sie Bethke zum Abdruck des Artikels in der „Staatszeitung" veranlaßt. Weitere Hilfstruppen für die 23 im Wahlkampfe sind der **sächsische ADGB.**, die **Genossenschaften**, der **Heimatdienst**, **Gemeindeverwaltungen** und **Krankenkassen.** In diesen Organen sitzen überall die Vertreter der 23. Von hier aus gehen die Fäden zur Organisierung und Unterstützung der Kandidatenlisten der Rechten.

Die Rolle einer Parteigruppe der jetzigen 23 im neuen Landtag ist klar. Diese Gruppe bildet die unmittelbare Frontverlängerung der bürgerlichen Parteien. Sie ist in erster Linie dazu bestimmt, zu verhindern, daß eine Mehrheit von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterstimmen im Landtag wirksam werden kann. Auf diese Weise werden die Pläne der Deutschnationalen verwirklicht.